0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

September 09/2005

Erinnerung an Juden aus der Bremer Neustadt

Dort, wo heute in den Neustadtswall-Anlagen der Zentaurenbrunnen steht, stand in den 40er Jahren eine Baracke. Im Herbst 1941 war sie die Sammelstelle für mehrere Hundert jüdischer Männer, Frauen und Kinder aus der Neustadt. Sie wurden nach Minsk in ein Konzentrationslager gebracht und ermordet. Lange Jahre erinnerte daran eine, inzwischen unansehnlich gewordene Tafel, inmitten der Rasenfläche.

Am Dienstag, den 09. August wurde nun im Rahmen der Umgestaltung der Anlagen an einem der erneuerten Spazierwege ein würdiger Gedenkstein gesetzt und eingeweiht.



Einweihung des neuen Gedenksteins (Foto: J. Teichfischer)

Ingeborg Breidbach dankte in ihrer Ansprache vor den etwa 20 Teilnehmern, die zur Einweihung zusammengekommen waren, allen, die das mit viel Engagement und Ausdauer ermöglichten: Vor allem, den Kollegen der Stahlwerke Bremen, welche die schöne Platte mit der Inschrift geschaffen hatten, und Herrn Wegner von Stadtgrün, der sich mit viel Ausdauer um die Beschaffung des Gedenksteins bemüht hatte.

Zur aktuellen Bedeutung der Gedenktafel sagte sie: "*Die furchtbaren Verbrechen des Faschismus dürfen angesichts des Anwachsens neonazistischer Propaganda und Gewalttaten nicht vergessen werden. Es ist doch schlimm, dass schon wieder junge Menschen durch die Straßen ziehen und Parolen brüllen wie 'Ruhm und Ehre der Waffen-SS'. Die SS hat in den Konzentrationslagern Millionen Menschen aus ganz Europa zu Tode gepeinigt. Die Waffen-SS (...) war Teil der SS, die 1945 in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen zur «verbrecherischen Organisation» erklärt wurde. Für mich ist es unfassbar, dass der Bundesgerichtshof in einem kürzlich getroffenen Urteil dieses - so offenkundig Faschismus verherrlichende Treiben - für nicht verbotswürdig hält*". Umso wichtiger sei es: "*Die Erinnerung wach zu halten! Junge Menschen aufzuklären über das menschenverachtende Regime des Faschismus*".



Inschrift der Gedenktafel in den Neustadtswall-Anlagen

Die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Bremen, Frau Elvira Noa, erinnerte daran, dass es auch in dieser Stadt vor den Verbrechen der Nazis jüdisches Leben gegeben hat. Damit die heutige Gesellschaft demokratisch bleibe, müsse das Geschehen wach gehalten werden.

Auch der Leiter des Ortsamtes Neustadt, Herr Fischer, dankte den Initiatoren und Gestaltern des Gedenksteines für ihre selbstlose Arbeit. Im Zusammenhang eines Besuches des Zentrums der Jüdischen Gemeinde in Schwachhausen, zu dem er seinen 13-jährigen Sohn mitgenommen hatte, betonte er, wie wichtig es sei, dass Eltern mit ihren Kindern über das sprechen, was damals im Namen Deutschlands an Furchtbarem geschehen ist.

Von allen wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass viele Neustädter und andere Besucher unserer Anlagen die Gedenktafel zur Kenntnis nehmen und sich über die Inschrift darauf ein paar Gedanken machen.

Herbert Breidbach

Prüfsteine und Forderungen

Die VVN-BdA ist eine überparteiliche Organisation. Daher wird sie keine Wahlempfehlung für eine der kandidierenden Parteien abgeben. Unabhängig davon kandidieren Mitglieder unserer Organisation als Direktkandidaten oder auf den Listen unterschiedlicher Parteien zur Bundestagswahl.

Dennoch wollen wir als antifaschistische Organisation mit diesen Wahlprüfsteinen deutlich machen, welche politischen Inhalte wir von Parteien und Wählervereinigungen erwarten, die wir im Bundestag sehen möchten.

Auf Seite 2 sind Forderungen von bekannten Bremern an die Parteien und Wählervereinigungen und die sieben Wahlprüfsteine der VVN-BdA zu finden.

Zur Bundestagswahl am 18. September

Die Redaktion unserer Zeitung bat einige Leser des BAF um ihre Meinung zu den vorgezogenen Bundestagswahlen. Wir bedanken uns für ihre Zuschriften, die wir im Folgenden - z.T. leicht gekürzt - zur Kenntnis geben.

Ernst Uhl: Was ich von der Bundestagswahl erwarte ... auf den ersten Blick nicht viel: Keine Partei wird in der Lage sein, uns von den asozialen Auswirkungen des Neoliberalismus von heute auf morgen zu befreien - die voraussichtliche Mehrheit will es auch gar nicht bzw. will das Problem nicht einmal sehen. Zum ersten Mal formiert sich allerdings eine hoffnungsvolle Gegenkraft - nach dem Motto: es reicht. Noch mehr Sozial- und Arbeitsplatzabbau lassen wir uns nicht gefallen! Die neoliberalen Rezepte haben versagt. Außer dem „Markt" muss soziale Gerechtigkeit das Kriterium der Politik sein. Zwar habe ich erhebliche Probleme mit dem Führungspersonal der neuen Linken. Ist z.B. der Jongleur und Blender Lafontaine wirklich ernst zu nehmen? Doch muss ich mich fragen: Was bleibt sonst?
Resignieren? Mich in das wachsende Heer der Nicht-Wähler einreihen? Auf keinen Fall. Ich sehe keinen Grund, die Vision einer gerechteren, friedlicheren Welt als Hoffnung und als politisches Ziel aufzugeben. Also ist es meine Pflicht, dafür auch einzutreten und mitzuarbeiten. Auch mit meiner Stimme bei der Bundestagswahl.

Armin Stolle: Die Wahlen werden erneut zeigen, dass man mit versteckter Ausländerfeindlichkeit und altem faschistischem Gedankengut, die in der Mitte unserer Gesellschaft noch immer fest verankert sind, auf Stimmenfang gehen wird. Die Handhabung des Einwanderungsgesetzes, die polizeiliche und juristische Verfolgung von DemonstrantInnen, die sich den Rechtsextremisten in den Weg stellen, aber auch die Verharmlosung politischer Altlasten haben ein juristisches und militarisiertes Sicherheitsdenken gefördert, das nahtlos an die „unbewältigte" Vergangenheit anknüpft. Solange viele unserer Spitzenpolitiker macht- und wirtschaftspolitische Sprüche von sich geben, die dem Kapital dienen und die soziale Ausgrenzung fördern, werden wir den Neofaschismus mit seinen rechtsextremistischen Auswüchsen nicht verhindern können Was wir brauchen: Mehr gesellschaftliche Beteiligung und zivilcouragiertes Verhalten, eine Medienlandschaft, die zur Aufklärung und nicht zur Verschleierung von Korruption und Sozialabbau beiträgt.
Und: Wir brauchen eine politische Beteiligung, die wirklich etwas mit Demokratie und Gewaltenteilung zu tun hat. Macht allein korrumpiert. Das haben uns die großen Parteien in den letzten fast zweieinhalb Jahrzehnten Regierungsverantwortung gezeigt. Das parlamentarische System mit seiner Parteienlandschaft reicht allein nicht aus. Ich setzte auf mehr außerparlamentarische Bewegung und Politikbegleitung.

Hartmut Drewes: Sollte die Linkspartei in den Bundestag einziehen, wird sich in einem Punkte etwas wesentlich verändern: Im Parlament wird es wieder eine Opposition geben, die diese Bezeichnung verdient. Es wird eine Fraktion präsent sein, die gegen die allgemeine Militarisierung Positionen des Friedens und der Abrüstung einnehmen wird. Außerdem wird sie eine Stimme für die sein, die durch Hartz IV, „Gesundheitsreform" und ähnliche Maßnahmen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Dass die Linkspartei diese beiden Positionen vertritt, lässt die herrschenden Kräfte, allen voran die SPD, eine Diffamierungskampagne gegen die Linkspartei betreiben, die ihresgleichen sucht. Schröders Bemerkung von „Blüten aus dem rechten Sumpf" macht das deutlich. Diese Kräfte scheuen die Auseinandersetzung in der Sache. Denn sie wissen, dass sie mit ihren eigenen Positionen nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten. Es gibt bei dieser Wahl, auch für Antifaschisten, keine andere Möglichkeit, als die Stimme der Vernunft zu stärken.

Armin Fuchs: Ich halte das Zustandekommen eines linken Wahlbündnisses für gut. Meine Partei unterstützt die damit verbundene Möglichkeit der Sammlung und Bündelung aller linken Kräfte und setzt sich dafür ein, dass neben VertreterInnen von PDS und WASG auch solche anderer Organisationen und Bewegungen, einschließlich der DKP, auf dessen Landeslisten aufgestellt werden. Die DKP wird keine Landeslisten in Konkurrenz zum Wahlbündnis aufstellen.

Das Redaktionskollegium des BAF weist im Zusammenhang der Zuschriften darauf hin, dass die VVN-BdA keine Wahlempfehlung für eine der kandidierenden Parteien abgibt. Unabhängig davon kandidieren Mitglieder unserer Organisation als Direktkandidaten oder auf Listen unterschiedlicher Parteien zur Bundestagswahl.

Mit den in dieser Ausgabe enthaltenen Wahlprüfsteinen will die VVN-BdA als antifaschistische Organisation dennoch deutlich machen, welche politischen Inhalte wir von Parteien und Wählervereinigungen erwarten, die wir im Bundestag sehen möchten.

Wahlprüfsteine der VVN-BdA



1.
Wählbar sind für uns diejenigen, die mit aller Konsequenz im parlamentarischen und außerparlamentarischen Rahmen gegen Neofaschismus und extreme Rechte eintreten. Der Artikel 139 GG und der Respekt vor dem antifaschistischen Gehalt der Grundrechte fordert eine klare Haltung gegen die Aufmärsche, Aktivitäten und Propaganda der offenen Faschisten. Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit dürfen nicht als Deckmantel für menschenfeindliche und rassistische Politik herhalten.

2.
Wählbar sind für uns diejenigen, die sich für eine wirklich soziale Politik einsetzen. Diese Politik kann nur auf eine Korrektur des mit Hartz IV beschrittenen Weges hinauslaufen. Eine wirklich soziale Politik hat die Interessen aller sozial Benachteiligten (unabhängig von Geschlecht, Nationalität oder Alter), die in unserer Gesellschaft leben, zu berücksichtigen.

3.
Wählbar sind für uns diejenigen, die sich für eine Wirtschaftspolitik einsetzen, die nicht allein den Interessen des großen Kapitals verpflichtet ist. Es geht darum, durch Ausnutzung der nationalen Handlungsspielräume Ausbildung und Arbeitsplätze zu sichern. Dazu gehört u.a. eine Ausweitung des öffentlich geförderten Sektors der Beschäftigung.

4.
Wählbar sind für uns diejenigen, die sich für Demokratie und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten aller hier lebenden Menschen einsetzen. Dazu gehören die Schaffung der Möglichkeit von Plebisziten und anderer Formen direkter Demokratie. Demokratische Rechte und Freiheiten beinhalten eine Einschränkung des Überwachungsstaates. Die Verfolgung, Kriminalisierung und politische Denunziation von Antifaschismus muss beendet werden.

weiter geht es auf Seite 3

Blumen für Hiroshima

Ein Peace-Zeichen aus Blumen entsteht auf dem Bremer-Marktplatz. Eine kleine Gruppe ist es, die sich dieses Jahr vor dem Rathaus zum Gedenken an die Gräuel von Hiroshima und Nagasaki versammelt hat. Als der Himmel seine Schleusen öffnet, finden die rund 150 Teilnehmer der Veranstaltung Schutz unter den stilisierten Arkaden der Bürgerschaft. Es fängt an zu donnern, große Hagelkörner lösen den Platzregen ab.

Vor sechzig Jahren allerdings schien die Sonne über Hiroshima und Nagasaki. Eine Klasse von vielen war zum Kriegseinsatz nach Hiroshima abkommandiert. Nur ein Mädchen der Klasse überlebte das Inferno. Mittlerweile hat die dritte Generation der Atombombenopfer mit den Spätschäden zu kämpfen. Jede Krebserkrankung wird von den Betroffenen in Verbindung mit dem Grauen, das ihre Großeltern erlitten haben, gebracht. Inwieweit es bei den Kindern und Enkeln der Opfer wirklich zu einer Häufung von Missbildungen der Organe sowie von Krebserkrankungen kommt, ist ungeklärt. Die Opfer selber haben einen Anspruch auf eine kleine Rente. Würden die Krebs- und Missbildungsfälle statistisch erfasst, könnten die Opfer der zweiten und dritten Generation möglicherweise ebenfalls Ansprüche auf Ausgleichszahlungen geltend machen. Aber nicht nur aus diesem Grunde wird das Gedenken in Japan für die Regierung mehr und mehr zu einer Pflichtveranstaltung. Medienberichten zu Folge fühlt sich Japan zusehends von Nordkorea und China bedroht. Hat man sich über alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Abwehr der Bedrohung informiert? Die japanische Regierung sieht zunehmend in Atomwaffen eine Möglichkeit potentielle Feinde abzuschrecken. Welch Wahnsinn angesichts der Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki.

Es gibt aber nach wie vor auch die andere Seite in Japan. Lars Pohlmeier, Vorstandsmitglied von der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs - Ärzte in Sozialer Verantwortung) berichtet, dass der Bürgermeister von Nagasaki 2004 den Bürgermeister unserer Stadt, Herrn Hennig Scherf, einlud, sich der Vision 2020 *„Bürgermeister in aller Welt unterschreiben gegen die Atomkraft“*, anzuschließen. Bürgermeister Henning Scherf konnte sich leider bis heute nicht dazu durchringen.

Auch wird im Forschungsreaktor von Garching (2004 eröffnet) mit hoch angereichertem Uran gearbeitet, Uran also, das waffenfähig ist. An die Betriebsgenehmigung knüpfte das Bundesumweltministerium mittlerweile die Auflage, den Reaktor bis 2010 auf niedrig angereichertes und damit nicht waffenfähiges Uran umzustellen. Mal sehen, was in diesen fünf Jahren alles passiert und ob der Reaktor tatsächlich 2010 umgestellt ist.

Während wir unter den Arkaden auf das Ende des Unwetters warten, spielt Florian Oberlechner von Krzystof Olzak, einem zeitgenössischem polnischen Komponisten, das „Phantasma Gorien“ - ein Stück, das mit seinen dunklen Melodien sehr gut zur Stimmung passt. Abgerundet wird die Veranstaltung von Lars Pohlmeier mit dem Satz *„Nur wer das Unsichtbare sieht, kann das Unmögliche schaffen. Schaffen wir das Unmögliche: Eine Welt ohne Atmwaffen.“* Nach Ende der Redebeiträge konnte man sich am Bau des „Schutzwalls für das Völkerrecht“ der „Aktion Völkerrecht“ beteiligen. Diese Initiative wird von Schülern und Schülerinnen auf der ganzen Welt betrieben. Es handelt sich dabei um einen Schutzwall, der mittlerweile auf 300 Meter angewachsen. Eine Zahl, die erst einmal gering erscheinen mag, bedenkt man allerdings, dass dieser Wall aus kleinen Holzklötzen besteht, die alle individuell von Teilnehmern und Teilnehmerinnen auf Gedenkveranstaltungen gestaltet wurden, ist innerhalb kürzester Zeit schon ein ansehnliches Stück zusammengekommen und täglich wächst er weiter - heute ist er in Bremen um zwei Meter gewachsen.

Silke

Kein Naziaufmarsch in Oldenburg

Am Samstag, 03. September, wollen die NPD und die «Freien Kameraden» am Oldenburger Hauptbahnhof um 11:00 Uhr eine Kundgebung abhalten und ab 12:00 Uhr demonstrieren. Wir (das Forum gegen rechts, verschiedene Spektren) wollen das von Anfang an verhindern. Es sind jetzt drei Kundgebungen für den 03.09. angemeldet: Hauptbahnhof, ZOB und Pferdemarkt - jeweils für 10:00 Uhr.

Die Bestätigung des Ordnungsamtes müsste eigentlich innerhalb von zwei Wochen da sein, aber, obwohl mehr Zeit verstrichen ist, sind noch keine Bestätigungen da! Auf ihrer Internet-Seite lässt die NPD verlauten, dass sie sich auch von Tausenden von Antifas nicht davon abhalten lassen wird, in Oldenburg zu demonstrieren. Ansonsten sind 3.500 PolizistInnen angekündigt, das größte Aufgebot, was es je in Oldenburg gegeben hat!
Der DGB-Vorsitzende hat den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen in einem Brief aufgefordert, den Ratsbeschluss gegen den NPD-Aufmarsch mit Aushängen und Plakaten in der Stadt öffentlich zu machen. Ab Mitte August wird es 2.500 Postkarten geben. Auf der Rückseite wird auf die Ablehnung des Nazi-Aufmarsches hingewiesen. Die Karten sollen massenweise verschickt werden, einerseits, um auf die Gegenaktionen am 03.09. hinzuweisen, aber auch, damit Frauen und Männer sich die Vorderseite (Hitlerkopf durchgestrichen und „RAUS“) zum Zeichen ihres Protestes am 03.09. an ihre Kleidung stecken können und so mitprotestieren.
Am 03.09. werden die Räume des DGB offen sein, vernetzt mit Leuten, die vom Tagesablauf berichten können, auch als Ruhe- und Rückzugsort, Bei der ALSO wird es vermutlich auch so sein. Es wird an dem Tag eine Live-Radio-Sendung in Zusammenarbeit mit dem offenen Kanal geben.

Dies ist kein offizieller Bericht des «Forums gegen rechts», sondern mein persönlicher!
Faschismus ist keine Meinung - sondern ein Verbrechen!

Ruth

Fortsetzung von Seite 2

5.
Wählbar sind für uns diejenigen, die sich für eine Friedenspolitik einsetzen, die nicht unter dem Schlagwort „friedenserzwingende Maßnahmen“ agiert, sondern für nichtmilitärische Konfliktlösungen eintritt. Keine Bundeswehreinsätze in aller Welt. Es geht um die Stärkung der nichtmilitärischen Rolle der Vereinten Nationen, gegen Großmachthegemonie.

6.
Wählbar sind für uns diejenigen, die eine internationale Politik betreiben, die nicht neoliberalen Doktrinen folgt, sondern internationale Solidarität und gerechten Welthandel ermöglicht. Europa benötigt keine militarisierte Außenpolitik und keine unsoziale Verfassung. Auch die Bundespolitik muss für ein friedliches, demokratisches und soziales Europa wirken.

7.
Wählbar sind für uns diejenigen, die sich für eine demokratische Gedenkpolitik einsetzen. Dazu gehören die Sicherung der Gedenkorte an die faschistischen Massenverbrechen, die Förderung der Erinnerungsarbeit aus der Perspektive der Verfolgten und die Verhinderung der Vermischung dieses Gedenkens mit historisch nachgelagerten Entwicklungen.

Prof. Dr. Heinrich Fink
Werner Pfennig

Vorsitzende der VVN-BdA

Einige Termine im September 2005

28. August bis 02. 0ktober

"Ausstellung zum Thema »Entfernung von der Truppe. Kriegsdienstverweigerung und Desertion im 3. Reich«"

Eröffnung 11:30 Uhr im Anschluss an den Gottesdienst (es spricht Armin Stolle vom Bremer Friedensforum)

Veranstalter: Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, Bremer Friedensforum, DFG-VK, St. Stephani-Gemeinde, VVN-BdA

Ort: St. Stephani-Kirche

01. September, 17:00 Uhr

"zum Antikriegstag"

Mahnwache mit Kundgebung und u.a. Ansprache von Herbert Behrens (ver.di)

Veranstalter: Bremer Friedensforum

Ort: Marktplatz

01. September, 20:00 Uhr

"Desertion und Kriegsdienstverweigerung in unserer Zeit"

Veranstaltung mit Rudi Friedrich (Connection e.V.)

Im Rahmen der Ausstellung "Entfernung von der Truppe"

Ort: St. Stephani-Kirche

02. September, 20:00 Uhr

"Sieben Jahre Rot-Grün, sieben Jahre Militarisierung und Kriegsbeteiligung"

Veranstaltung mit Winfried Wolf, Ex-MdB, ehemaliges Mitglied im Verteidigungsausschuss

Veranstalter: Nordbremer Bürger gegen Krieg, Bremer Friedensforum, Bremer Antikapitalistische Liste, solid u.a.

Ort: Konsul-Hackfeld-Haus

03. September, 10:00 Uhr

Die NPD und die «Freien Kameraden» wollen am Oldenburger Hauptbahnhof um 11:00 Uhr eine Kundgebung abhalten und ab 12:00 Uhr demonstrieren. Wir (das Forum gegen rechts, verschiedene Spektren) wollen das von Anfang an verhindern. Es sind jetzt drei Kundgebungen für den 03.09. angemeldet: Hauptbahnhof, ZOB und Pferdemarkt - jeweils für 10:00 Uhr. (*Detailbericht siehe Seite 3*)

Ort: Oldenburg - Hauptbahnhof, ZOB und Pferdemarkt

11. September um 11:00 Uhr

"Mut zum Widerstand - Damals wie heute. Nur der mündige Mensch durchschaut die Propaganda"

Anlässlich der Gedenkveranstaltung für die Opfer von Faschismus und Krieg am Sonntag, 11. September um 11:00 Uhr ab Haupteingang Osterholzer Friedhof wird Pastor Keller (Gemeinde Vegesack) sprechen. Die Veranstaltung wird musikalisch begleitet durch Aline Barthélémy. Gisela Vormann liest Wolfgang Borchert.

Ort: Osterholzer Friedhof

15. September, 20:00 Uhr

"Desertion - Hoffnung für den Frieden"

Es spricht Ludwig Baumann Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Seine Desertion prägte sein weiteres Leben. Nach dem Krieg erfuhr er hauptsächlich Anfeindungen, Drohungen und Demütigungen.

Im Rahmen der Ausstellung

Ort: St. Stephani-Kirche

29. September, 20:00 Uhr

"Damals Soldat, heute Kriegsgegner - ein Bremer Zeitzeuge berichtet."

Es spricht Herbert Breidbach von der VVN-BdA

Im Rahmen der Ausstellung

Ort: St. Stephani-Kirche

Sail 2005 leider auch Propaganda fürs Militär

Die öffentliche Rekrutenvereidigung und der Aufmarsch grauer Kriegsschiffe entwerten den friedlichen und völkerversöhnenden Charakter der Sail. Minister Struck vereidigt vor dem Schifffahrtsmuseum 250 Soldaten einer Armee, die sich 1999 an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien beteiligt hat. Mindestens 500-mal zerstörten deutsche Tornados militärische, aber auch zivile Ziele, wie Schulen, Fabriken, Kindergärten, Brücken.

Der Minister, der Deutschland am Hindukusch verteidigen lässt, schickt außerdem ein 143 Meter langes graues Ungeheuer namens "Hamburg" in die Seestadt. Von ihr aus soll unser Noch-Kanzler die Windjammer-Parade abnehmen. Dann denkt allerdings der Steuerzahler an die verschleuderten 700 Millionen Euro, denn soviel kostete der Bau der Fregatte.

Um das Maß voll zu machen, lädt die Sail-Werbeagentur noch ein dänisches Kriegsschiff, die Fregatte "Absalom von Roskilde", ein. Sie trägt den Namen eines Menschen, der in einer Person als Bischof und Kriegsmann (Flottenführer) wirkte. Alles in allem, Bremerhaven und Weser sind mit Gelöbnisspektakel und vielen grauen Schiffen ein Werbezentrum für die Militarisierung der Gesellschaft geworden.

Ernst Busche

www.vvn-bda.de

„Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen, erreichbar.

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de

Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0172-9822790) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den „Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Bremen, den ____________________